

Übersichten

Juni 2004

Außenpolitik

1 Minimalkonsens bei den Gesprächen um das nordkoreanische Atomprogramm

Hatte China bisher seine neutrale Vermittlerrolle im Atomkonflikt mit Nordkorea in den Vordergrund gestellt, so äußerte die chinesische Seite wenige Tage vor der aktuellen Verhandlungsrunde der sechs Staaten öffentlich Kritik an der US-Regierung, indem der chinesische Vizeaußenminister Zhou Wenzhong ihr vorwarf, die Grundlage ihrer Behauptung, Nordkorea verfüge über ein Urananreicherungsprogramm, stamme aus zweifelhaften Quellen. Sofern die USA keine überzeugenden Beweise für die Existenz des Programms hätten, sollten sie Nordkorea dessen nicht anklagen. Sollte sich ein nordkoreanisches Uranprogramm jedoch bewahrheiten, so fuhr Zhou fort, sei China damit einverstanden, dass es in die Verhandlungen mit einbezogen werden müsse. (ST, 10.6.04; IHT, 10.6.04; FT, 10.6.04, S.6)

Auch mehrere chinesische Wissenschaftler der Beijing-Universität klag-

ten die USA an. Ihre Politik gegenüber Nordkorea sei passiv geworden und die US-Regierung sei mehr an einem Regimewechsel als an einer Abrüstung Nordkoreas interessiert, hieß es in Interviews. Derartige Kritik an der amerikanischen Politik wurde jedoch auch im eigenen Land laut, indem der ehemalige US-Sicherheitsberater Berger seiner Regierung „unerklärliche Gleichgültigkeit“ vorwarf. (SCMP, 11.6.04; *Die Zeit*, 17.6.04) Ohne die aktive Rolle und den Druck der USA am Verhandlungstisch, werde es jedoch, wie Experten vermuten, keine Lösung des Konfliktes geben.

Nach Angaben des amerikanischen Geheimdienstes CIA habe Nordkorea ausreichend Plutonium für den Bau von wenigstens ein bis zwei Atombomben. Darüber hinaus liegen der Internationalen Atomenergie-Behörde (IAEO) neue Beweismittel vor, denen zufolge Nordkorea im Jahr 2001 zwei Tonnen Uran mit Bestimmung für den Atomwaffenbau an Libyen geliefert haben soll. Laut Einschätzung der IAEO ist Nordkorea derzeit das gefährlichste Land auf der Welt, da es sich jenseits jeglicher Kontrollsysteme befände. (Tagesschau online, 26.6.04; Deutschland Radio online, 26.6.04)

Die jüngsten Verhandlungsgespräche zur Lösung des Atomkonfliktes auf der Koreanischen Halbinsel begannen am 21. Juni mit einem zweitägigen Arbeitsgruppentreffen der sechs Parteien. Auch die zweite Beratung der im Vormonat erstmalig zusammengetretenen Arbeitsgruppen aus Nordkorea, den USA, Japan, Südkorea, Russland und China fand in Beijing statt. (Vgl. auch C.a., 2004/5, Ü 5) Auf der Basis des ersten Treffens wurden, laut eines Sprechers des chinesischen Außenministeriums, Wege zur Lösung der Atomfrage in Nordkorea diskutiert und Vorbereitungen für die vom 23. bis 26. Juni direkt im Anschluss an das Arbeitsgruppentreffen stattfindende dritte Runde der Sechs-Parteien-Gespräche getroffen. Wie schon beim vorangegangenen Treffen leitete Ning Fukui, chinesischer Sonderbeauftragter für Angelegenheiten auf der Koreanischen Halbinsel, auch dieses Mal die chinesische Delegation. Neben den sechsseitigen Gesprächen der Arbeitsgruppen fanden auch bilaterale (u.a. USA-China) und ein trilaterales Treffen (USA-Japan-Südkorea)

statt. Laut einer Sprecherin des chinesischen Außenministeriums wurden die Diskussionen im Rahmen des Arbeitsgruppentreffens von allen Seiten als nützlich und konstruktiv bewertet. (XNA, 5., 19.6.04; Xinhua, 22.6.04, nach BBC PF, 22.6.04; China Radio International, 22.6.04)

Im Vorfeld der aktuellen Verhandlungen hatte China angesichts der Komplexiertheit der Probleme dazu aufgerufen, die Erwartungen an die dritten Sechs-Parteien-Gespräche nicht zu hoch zu setzen. Ein Durchbruch in der aktuellen Konsultationsrunde erschien schon vor Gesprächsbeginn als eher unwahrscheinlich, denn kaum jemand erwartet vor den im November anstehenden Präsidentschaftswahlen in den USA eine entscheidende Bewegung in den Positionen.

Jedoch legten sowohl Südkorea, die USA, als auch Nordkorea zum Auftakt der dritten Plenarrunde der sechs Staaten erstmalig konkrete Konzepte zur Beilegung des Atomstreits vor. (China Radio International, 25.6.04) Der amerikanische Vorschlag strebt vor der nachvollziehbaren und unwiderruflichen Aufgabe des gesamten Atomprogramms zunächst eine dreimonatige Vorbereitungsphase an, in der Nordkorea im Gegenzug zum Einfrieren seines Kernwaffenprogramms ein vorläufiges Paket von Sicherheitsgarantien und Energiehilfen erhalten solle. Die Bereitstellung von Hilfsleistungen im Energiebereich solle nicht durch die USA selbst, sondern durch seine Verbündete Japan und Südkorea übernommen werden. Energielieferungen in Form von Schweröl wurden von Südkorea als Gegenleistung für einen vollständigen Ausstieg Nordkoreas aus seinen Atomprogrammen in Aussicht gestellt. Außerdem schlug Südkorea, das sich ebenso wie die USA formell immer noch im Krieg mit Nordkorea befindet, da 1953 nur ein Waffenstillstand abgeschlossen wurde, schriftlich fixierte Sicherheitsgarantien an Nordkorea vor. Zum Vorschlag Nordkoreas drangen aus Delegationskreisen kaum Details in die Öffentlichkeit, jedoch hieß es in einer Erklärung der nordkoreanischen Botschaft in Beijing: „Im Moment des Einfrierens sollten die USA dabei mitwirken, uns mit Energiekapazitäten von zwei Mio. Kilowatt auszuhelfen, uns von ihrer Liste staatlicher Unterstützer des Terrorismus zu

streichen und wirtschaftliche Sanktionen und Embargos abzubauen“. (HB, 25.6.04)

Wie schon beim Treffen der Arbeitsgruppen, so fanden auch während der Sechs-Parteien-Gespräche neben Plenarberatungen verschiedene bilaterale Konsultationen statt. Nachdem Nordkorea in einem bilateralen Gespräch gegenüber den USA die mögliche Durchführung eines Atomtests angesprochen haben soll, kam die geplante Plenarberatung aller Delegationen am Tag darauf nicht zustande. Stattdessen fanden bilaterale Krisensitzungen statt. Zwar wurde in Delegationskreisen betont, Nordkorea hätte dies nicht als Drohung, sondern lediglich als „Möglichkeit“ ausgesprochen; es wäre jedoch nicht das erste Mal, dass sich Nordkorea einer solchen Drohgebärde bediente. Erst Anfang Juni hatte die chinesische Nachrichtenagentur Xinhua einen nordkoreanischen Zeitungsbericht zitiert, wonach Pyongyang „sein atomares Abschreckungspotenzial angesichts einer zunehmenden atomaren Bedrohung durch die USA verstärken wolle“. (diepresse.com, 23.6.04) Leicht hätte die „rhetorische Entgleisung“ (SZ online, 25.6.04) des nordkoreanischen Verhandlungsführers Kim Gye Kwan während der bilateralen Gespräche das Ende der Verhandlungen bedeuten können, jedoch wurde von allen Seiten versucht, die provozierenden Äußerungen Nordkoreas nicht zu dramatisieren. Daneben hatte die Absage einer geplanten Abschlusszeremonie Spekulationen über einen vorzeitigen Abbruch der Verhandlungsrunde ausgelöst, jedoch wurden die Gespräche, wie vorgesehen, erst am 26. Juni beendet.

Obwohl das Treffen eigentlich in einer freundlichen Atmosphäre verlief, kamen sich die Gesprächspartner insgesamt kaum näher. Anders als in den ersten beiden Verhandlungsrunden, verzichteten die beiden Hauptkontrahenten – Nordkorea und die USA – jedoch dieses Mal darauf, sich für fehlende Verhandlungserfolge gegenseitig Vorwürfe zu machen. (*Der Standard* online, 30.6.04) Ein hochrangiger US-Beamter charakterisierte die Gespräche wie folgt: „Einiges war gut, anderes schlecht und manches ein wenig hässlich – aber nicht so schlimm, wie es hätte kommen können.“ (*Der*

Standard online, 30.6.04) Von einer Einigung sei man noch weit entfernt, hieß es aus US-Verhandlungskreisen. (HB, 25.6.04)

Obwohl es zu keiner konkreten Annäherung in den Positionen kam, machten die chinesischen Gastgeber doch Erfolge bei den Verhandlungen aus. Es herrsche Einigkeit darüber, dass ein Einfrieren des Atomprogramms der erste Schritt hin zu einer atomwaffenfreien Koreanischen Halbinsel sei, betonte Wang Yi, Verhandlungsleiter der chinesischen Delegation. (CCTV4, 25.6.04, nach BBC PF, 25.6.04) Zudem sei es ein wesentlicher Fortschritt, dass man sich darauf einigen konnte, „nach dem Prinzip Wort gegen Wort und Handlung gegen Handlung“ (China Radio International, 28.6.04) der Lösung schrittweise näher zu kommen. Gegenseitiges Vertrauen konnte jedoch noch nicht in ausreichendem Maße aufgebaut werden, beklagte Wang. Er erklärte weiterhin, dass sich die Gesprächspartner darüber im Klaren seien, dass die Schwierigkeiten mit zunehmender Tiefe der Diskussionen gewiss noch steigen würden.

Wenn es auch ein mageres Ergebnis zu sein scheint, so konnten sich die sechs Parteien zumindest auf eine vierte Gesprächsrunde Ende September, also noch vor den Präsidentschaftswahlen in den USA, einigen. Bis dahin wurden die Arbeitsgruppen ermächtigt, baldmöglichst zu weiteren Sitzungen zusammenzutreffen, um konkrete Maßnahmen für eine Entnuklearisierung der Koreanischen Halbinsel zu entwickeln und diese zu den vierten Sechs-Parteien-Gesprächen vorzulegen. (XNA, 5., 8, 10., 15., 17., 20., 22., 23., 25., 26.6.04; ST, 10.6.04; IHT, 10.6.04; FT, 10.6.04, S.6; *Die Zeit*, 17.6.04; SCMP, 11.6.04; diepresse.com, 23.6.04; NZZ, 24.6.04; CCTV4, 25.6.04, nach BBC PF, 25.6.04; SZ, 25.6.04; HB, 26.6.04; China Radio International, 25., 28.6.04; *Der Tagesspiegel* online, 26.6.04; *Tagesschau* online, 26.6.04; *Die Welt* online, 26.6.04; *Der Standard* online, 30.6.04; Deutsche Welle online, 8.7.04) -cam-

2 Elf Chinesen bei Terroranschlag in Afghanistan getötet

Die jüngste Reihe von Terroranschlägen in Afghanistan scheint nicht abzureißen: In der Nacht zum 10. Juni kamen bei einem Guerillaangriff in Afghanistan elf Chinesen ums Leben, vier weitere wurden verletzt, einer von ihnen schwer. Gegen ein Uhr stürmte eine etwa 20-Mann starke Gruppe unbekannter, bewaffneter Männer die Zelte chinesischer Straßenbauarbeiter und eröffnete mit Maschinengewehren und Granaten das Feuer auf die Schlafenden. Das Camp der Arbeiter wurde von zwei afghanischen Sicherheitskräften bewacht, nur einer der beiden war bewaffnet und kam beim Kampf gegen die Attentäter ebenfalls ums Leben. Ob auch die Terroristen bei dem Feuergefecht verletzt wurden, wurde nicht bekannt.

Die Opfer gehörten zu einer Gruppe von etwa 100 Arbeitern der Firma China Railway Construction Shijiu Group Corporation (CRSGC), die an einem von der Weltbank geförderten, 230 km langen Projekt des Wiederaufbaus des Kundus-Highway beteiligt war. Viele der Arbeiter, von denen die meisten aus der Provinz Jiangxi stammen, waren erst in der Woche zuvor in Afghanistan eingetroffen. Deren Zelte waren im nördlichen Distrikt Jalawgeer, 35 km südlich von Kundus aufgeschlagen, etwa 250 km nördlich der Hauptstadt Kabul.

Der Norden Afghanistans galt bisher als vergleichsweise ruhige Region, terroristische Übergriffe beschränkten sich bis vor kurzem vor allem auf die Gebiete im Süden und Osten des Landes, den früheren Hochburgen der Taliban. Seit einigen Wochen jedoch weiteten sich die Attacken in dem Land, das im September zum ersten Mal seine eigene Regierung wählen soll, immer weiter aus. Auch Mitarbeiter von Hilfsorganisationen werden immer häufiger Ziel der Anschläge. Seit dem Sturz der Taliban kamen rund 40 Mitarbeiter nationaler und internationaler Organisationen durch Terroranschläge ums Leben. Nach dem Mord an fünf Mitarbeitern von Ärzte ohne Grenzen Anfang Juni gilt der Tod der elf Chinesen als bisher blutigster Anschlag, der seit dem Fall der Taliban gegen ausländische Zivilisten geführt wurde.

Präsident Hu Jintao, der sich zum Zeitpunkt des Anschlags gerade auf einer Reise durch Osteuropa in Polen befand, verurteilte noch am selben Tag die Angriffe als „unmenschlich und brutal“, so der Sprecher des Außenministeriums Liu Jianchao auf einer Pressekonferenz. Hu forderte von der afghanischen Regierung und den Vereinten Nationen, den Fall eingehend zu untersuchen, die Attentäter hart zu bestrafen, um so die Sicherheit der chinesischen Arbeiter in Afghanistan zu garantieren. Trotz des Anschlags, so Liu, würde sich China in keiner Form dem Terrorismus ergeben, sondern man werde weiterhin am Wiederaufbauprozess in Afghanistan mitwirken. Die traditionelle Freundschaft zwischen China und Afghanistan habe bislang eine sehr gute Zusammenarbeit möglich gemacht, die man auch in Zukunft weiterführen werde. Liu ließ es sich nicht nehmen, auch auf die Terrorprobleme im eigenen Land hinzuweisen, indem er sagte, dadurch, dass China selbst sowohl Ziel als auch Opfer von Terrorismus bereits über einen langen Zeitraum sei, unterstütze China den Kampf gegen den Terror in jeglicher Form. Dem läge die Hoffnung zugrunde, die internationale Gemeinschaft möge dem Terrorismusproblem noch effektiver begegnen.

Gegenüber dem Präsidenten der afghanischen Übergangsregierung Hamid Karzai betonte Hu im Rahmen des SCO-Gipfels am 17. Juni in Tashkent, China werde getreu seiner Prinzipien und trotz der Anschläge weiterhin gegen die „drei Kräfte“ Terrorismus, Separatismus und Extremismus kämpfen. Der Anschlag hätte gezeigt, so Hu, dass Terrorismus Chinas allgegenwärtiger Feind sei, und die drei Kräfte noch immer eine ernst zu nehmende Gefahr für den Frieden und die Stabilität in der Region darstellten. Jedoch hob er gegenüber Karzai besonders hervor, der tragische Zwischenfall würde die Freundschaft zwischen den beiden Ländern nicht gefährden. Karzai bemerkte, das Attentat kann nicht nur als Angriff auf die chinesischen Arbeiter gesehen werden, sondern auch als ein Angriff auf den Wiederaufbau und die Zukunft Afghanistans.

Chinas Premier Wen Jiabao tat es dem Präsidenten gleich und verurteilte die Anschläge. Er beauftrag-

te das chinesische Außenministerium, das Finanzministerium und die chinesische Botschaft in Afghanistan, mit dem UN-Hilfsteam zusammenzuarbeiten, um die Rettung der Verletzten und die weitere Vorgehensweise zu koordinieren. Auch UN-Generalsekretär Kofi Annan verurteilte die Morde aufs schärfste.

Chinas stellvertretender Außenminister Dai Bingguo erbat in einem Telefongespräch von seinem afghanischen Amtskollegen Zalmay Aziz eine gute Zusammenarbeit zwischen der chinesischen Botschaft in Afghanistan und der afghanischen Regierung bei der Rettung der Verletzten und forderte die gerechte Strafe für die Attentäter. Aziz, der sein tiefes Beileid für die Opfer zum Ausdruck brachte, betonte, die afghanische Führung würde dem Zwischenfall die größtmögliche Aufmerksamkeit zukommen lassen. Die entsprechenden Stellen seien bereits mit der Untersuchung des Falls beauftragt worden. Die afghanische Seite werde alle möglichen Maßnahmen ergreifen, um die Sicherheit der chinesischen Arbeiter, sowie die medizinische Versorgung der Verletzten zu garantieren, die in ein deutsches Krankenhaus in Kabul gebracht wurden.

Chinas UN-Botschafter Wang Guangya erklärte, China sei stolz auf seine Anti-Terror-Politik und werde diese ungeachtet der jüngsten Anschläge fortsetzen. „Chinas Regierung verurteilt die Terroranschläge auf die chinesischen Arbeiter in Afghanistan, die dort dem afghanischen Volk helfen, aufs schärfste. (...) Wir sollten zusammenhalten, um gegen terroristische Aktivitäten zu kämpfen, wo auch immer sie auftauchen.“ Auf die Frage, ob nun auch chinesische Truppen in Afghanistan stationiert werden sollen, antwortete Wang, er habe bei einem Treffen mit dem deutschen Botschafter in Afghanistan die Zusage erhalten, dass von deutscher Seite Streitkräfte geschickt würden, die beauftragt seien, die chinesischen Arbeiter zu beschützen.

Bereits am Tag nach dem Anschlag reiste ein 14-köpfiges CRSGC-Team nach Afghanistan um die Toten zu identifizieren. Die getöteten Arbeiter waren im Alter zwischen 31 und 56 Jahren. Der Stellvertretende Präsi-

dent von CRSGC betonte, die Arbeiten in Afghanistan würden trotz der Anschläge fortgesetzt, jedoch müssten die Sicherheitsmaßnahmen verstärkt werden. Die Toten wurden zurück in ihre Heimatprovinz Jiangxi in die Hauptstadt Nanchang geflogen. Die vier Verletzten, die drei Tage nach dem Anschlag nach China zurückgefliegen wurden, seien außer Lebensgefahr und den Umständen entsprechend in stabiler Verfassung.

Afghanistans Vizepräsident Mohammad Qasim Fahim bezeichnete die Tat als einen „grausamen Akt des Terrors“, als einen politisch motivierten Anschlag von Al Qaeda. Er versicherte, die Regierung würde keine Mühen scheuen, die Schuldigen zu finden und sie vor Gericht zu bringen. Al Qaeda hatte sich jedoch bisher nicht zu dem Anschlag bekannt. Bislang wurden 14 verdächtige Personen festgenommen, einschlägige Beweise konnten allerdings noch nicht erbracht werden. Es wird vermutet, hinter dem Angriff stecke der Kriegsfürst Gulbuddin Hekmatyar und seine Gruppe Hezb-e-Islami. Hekmatyar, der sich dem Dschihad der Taliban angeschlossen hatte, habe sich zum Ziel gesetzt, die Übergangsregierung um Präsident Hamid Karzai zu stürzen und sämtliche Ausländer aus Afghanistan zu vertreiben. Das Gebiet um das Lager der chinesischen Bauarbeiter galt in der Vergangenheit als Hochburg Hekmatyars, so ein Polizeichef der Region. (Xinhua, 10., 16.6.04, nach BBC PF, 10., 16.6.04; XNA, 10., 11., 12., 13., 14., 15., 16., 17., 19., 20., 21., 24.6.04; SCMP, 11.6.04; PTV World, Islamabad, 12.6.04, nach BBC PF, 12.6.04; ITAR-TASS news agency, Moscow, 15.6.04, nach BBC PF, 15.6.04) -eva-

3 Treffen 22 asiatischer Außenminister auf ACD-Konferenz in China

Als Gastgeber der dritten informellen Außenministerkonferenz des Asian Cooperation Dialogues (ACD), lud China die Außenminister 21 weiterer asiatischer Staaten in die Hafenstadt Qingdao ein. Das ACD-Forum wurde im Jahr 2002 auf Initiative Thailands gegründet und findet in diesem Jahr erstmals nicht in Thailand statt. Erklärtes Ziel des ACD ist es, „die Zu-

sammenarbeit der asiatischen Länder in allen Bereichen und die Entwicklung Asiens insgesamt zu fördern“ (China Radio International, 23.6.04)

Zu den Dialogpartnern des ACD gehören neben China die zehn südostasiatischen ASEAN-Mitglieder, die Staaten Bahrain, Kuwait, Oman und Qatar des Mittleren Ostens, das zentralasiatische Kasachstan, die südasiatischen Staaten Bangladesh, Indien, Pakistan und Sri Lanka sowie Japan und Südkorea aus Ostasien. In Qingdao wurden überdies die Mongolei, der Iran und die Vereinigten Arabischen Emirate in den Kreis des ACD aufgenommen, der nun insgesamt 25 asiatische Länder umfasst. Das Forum gilt derzeit als der einzige offizielle panasiatische Dialog- und Kooperationsmechanismus.

Anlässlich der Eröffnungszeremonie unterstrich der chinesische Ministerpräsident Wen Jiabao in seiner Ansprache Chinas Willen, die regionale Kooperation zu verstärken. Er sagte, Asien stehe zu Beginn des 21. Jahrhunderts vor einer historischen Gelegenheit, seine Zusammenarbeit auszubauen und sich gemeinsam weiterzuentwickeln. (Xinhua, 22.6.04, nach BBC EC, 22.6.04)

Zu den Themenbereichen, die auf dem hochrangigen Treffen erörtert wurden, gehörten internationale und regionale Fragen. Wen Jiabao legte vor Beendigung der Konferenz einen Fünf-Punkte-Vorschlag zum Ausbau der Zusammenarbeit vor. Dieser beinhaltete erstens die Wahrung von Frieden und Stabilität in Asien auf der Basis der fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, zweitens die Förderung der Kooperation in Asien mit dem Schwerpunkt Handel und Wirtschaft, drittens die Verbesserung von Mechanismen und Strukturen der Kooperation in Asien, viertens die Verstärkung von nichtstaatlichen Kontakten zwischen asiatischen Ländern und fünftens die Erhöhung des Niveaus der Zusammenarbeit in Asien insgesamt. In der zum Abschluss der Konferenz angenommenen Erklärung über die Asiatische Kooperation („Asia Cooperation Declaration“) konnte eine erwünschte Zusammenarbeit in Asien von allen Teilnehmern bestätigt werden.

Ein weiteres Dokument, auf das sich die anwesenden Außenminister ver-

ständigten, ist die „Qingdao-Initiative“, eine asiatische Kooperation im Energiebereich. Um die Energiesicherheit in Asien zu gewährleisten, fordert die von chinesischer Seite ausgehende Initiative eine intensivere Zusammenarbeit in der Erkundung, dem Abbau und Transport von Bodenschätzen. Im Rahmen dieser Kooperation ist auch geplant, ein asiatisches Energieforum zu gründen sowie erneuerbare Energien wie Windkraft und Solarenergie voranzutreiben. Der Initiative zufolge soll auch der Energiemarkt zwischen den asiatischen Ländern verstärkt thematisiert werden, um sowohl für Energiekonsumenten als auch für die Produzenten gerechte Preise zu ermöglichen. Ein Teilnehmer aus dem Mittleren Osten bezeichnete die ACD-Diskussion um Energiepreise jedoch als unfair. Die ölproduzierenden Länder würden angeklagt, dass der Preis für ein Barrel Öl derzeit zu hoch sei, jedoch würde niemand über die Ressourcenknappheit im Mittleren Osten sprechen, wo beispielsweise Baumaterialien knapp seien. (Kyodo News Service, 22.6.04, nach BBC PF, 22.6.04) Trotz derartiger Einwände wurde die „Qingdao Initiative“ von allen teilnehmenden Staaten unterstützt. Zudem verpflichtete sich China im Rahmen dieser Zusammenarbeit zum sparsameren Umgang mit Energie. (China Radio International, 23.6.04)

Das multilaterale Außenministertreffen wurde von vielen Staaten auch für bilaterale Konsultationen genutzt. So führte der chinesische Außenminister Li Zhaoxing mit neun seiner asiatischen Amtskollegen persönliche Gespräche. (Xinhua, 21.6.04, nach BBC EF, 21.6.04) Wen Jiabao traf am Rande der Eröffnungszeremonie der Konferenz auf den thailändischen Ministerpräsidenten Thaksin Shinawatra, der als Initiator des ACD-Forums seine Delegation persönlich leitete. Beide hoben ihren regelmäßigen Austausch und die gute Zusammenarbeit in vielen Bereichen sowie die allgemein sehr guten Beziehungen zwischen China und Thailand hervor. (Chinesisches Außenministerium web site, 21.6.04)

Auf der abschließenden Pressekonferenz würdigte Li Zhaoxing, der das ACD-Treffen präsiidierte, die Konferenz als erfolgreich. Übereinstimmungen hätten in vielen Bereichen erzielt werden können. Neben den bereits er-

wähnten Dokumenten gaben die Dialogpartner auch eine gemeinsame Stellungnahme zur Verurteilung des Terrorismus und zur gegenseitigen Hilfe im Falle von Entführungen ab. Weiterhin einigte man sich auf eine verstärkte Kooperation im Bereich der Landwirtschaft. (XNA, 5.6.04; ZXS, 10.6.04, nach BBC EF, 10.6.04; Door-darshan DDTV news channel, 16.6.04, nach BBC PF, 16.6.04; Xinhua, 21., 22.6.04, nach BBC EF, 21.6.04; Yonhap, 21.6.04, nach BBC PF, 21.6.04; Kyodo News Service, 22.6.04, nach BBC PF, 22.6.04; HB online, 22.6.04; China Radio International, 23.6.04; chinesisches Außenministerium web site, 21.6.04) -cam-

4 Inoffizielle Sino-ASEAN Außenministerkonferenz

Am Rande des in Qingdao stattfindenden ACD-Außenministertreffens fanden sich am 21. Juni die Außenminister Chinas und der zehn ASEAN-Staaten zu einer inoffiziellen Konferenz zusammen. Der chinesische Außenminister Li Zhaoxing und der kambodschanische Minister für Auswärtige Angelegenheiten und Internationale Kooperation Hor Namhong führten gemeinsam den Vorsitz der Konferenz, die von der ASEAN und dem Bo'ao-Asien-Forum veranstaltet wurde. Sie wurde auf der 10. China-ASEAN Senior Official's Consultation vorbereitet, die zu Beginn des Monats in Kambodscha stattfand. (XNA, 2.6.04)

Es war das erste Treffen der Gesprächspartner auf Außenministerebene, seit China und die ASEAN im vergangenen Jahr ihre strategische Partnerschaft begründeten. Im Mittelpunkt der eintägigen Sitzung, an der auch der Generalsekretär der ASEAN, Ong Keng Yong, teilnahm, standen der Meinungs-austausch bezüglich der regionalen und internationalen Lage und die Vertiefung der Beziehungen zwischen den beiden Parteien. Vorgebrachte Vorschläge wurden auf der im Anschluss stattfindenden dritten ACD-Außenministerkonferenz vorgelegt.

In einer Presseerklärung der Außenminister der elf Länder wurden die gemeinsamen Ziele Chinas und der ASEAN zusammenfassend dargelegt: Beide Seiten einigten sich darauf, dass

die Repräsentanten Chinas und der ASEAN bei den Vereinten Nationen in Zukunft regelmäßige Konsultationen abhalten werden. Man habe die derzeitige Situation im Irak thematisiert und stimme darin überein, dass die UN die führende Rolle im Nachkriegs-Irak übernehmen solle, hieß es in der Erklärung.

Im Hinblick auf die regionale sicherheitspolitische Situation sprachen sich beide Parteien für das Ziel einer nuklearwaffenfreien Koreanischen Halbinsel aus, wobei die ASEAN Chinas Bemühungen um die Sechser-Gespräche pries. China wiederholte seine Bereitschaft, das Protokoll des „Vertrages für ein Nuklearwaffenfreies Südostasien“ zu unterzeichnen. Die ASEAN würdigte dies insbesondere im Bezug auf Chinas Status als permanentes Mitglied im UN-Sicherheitsrat. Ferner solle, um die Stabilität im Südchinesischen Meer zu wahren und um eine dortige Kooperation zu fördern, die „Deklaration zum Verhalten aller Parteien im Südchinesischen Meer“ schrittweise in die Tat umgesetzt werden.

Als langfristiges Ziel der Zusammenarbeit in Ostasien verständigte man sich darauf, über Verhandlungen im Rahmen des Kooperationsmechanismus' „Zehn plus Drei“ (ASEAN + China, Japan, Südkorea) eine Ostasiatische Gemeinschaft zu errichten. Zu einem geeigneten Zeitpunkt solle ein ostasiatisches Gipfeltreffen stattfinden. Die teilnehmenden Außenminister stimmten außerdem darin überein, den „Südostasiatischen Vertrag zur Freundschaftlichen Kooperation“ zu einem Verhaltenskodex für die Beziehungen zwischen den beteiligten Staaten zu machen.

Zur Realisierung der im Oktober 2003 unterzeichneten Erklärung zur strategischen Partnerschaft zwischen China und der ASEAN, solle der „Aktionsplan zur Förderung der Sino-ASEAN Strategischen Partnerschaft“ aufgesetzt und diesen November in Laos ratifiziert werden.

Weiterhin wurde ein Rahmen für die umfassende Kooperation zwischen China und der ASEAN formuliert. Demnach stellen die folgenden fünf Gebiete Kernbereiche der Zusammenarbeit dar: Landwirtschaft, Informations- und Telekommunikationstech-

nologie, Entwicklung des Humanpotenzials, Entwicklung des Mekongs und Förderung gegenseitiger Investitionen. Weiteres Kooperationspotenzial liege im Bereich mittlerer und kleiner Unternehmen, im Gesundheitswesen sowie in der Wissenschaft und Technologie.

Die wirtschaftliche Zusammenarbeit betreffend sind die Außenminister beider Parteien der Meinung, die Errichtung einer Freihandelszone zwischen China und der ASEAN sei für beide Seiten von Vorteil. In einem Rahmenabkommen zur wirtschaftlichen Kooperation, das im Jahr 2002 unterzeichnet wurde, wird dessen Realisierung bis zum Jahr 2010 angestrebt. Die Außenminister würdigten die Bemühungen der „Sino-ASEAN Kommission für Handelsgespräche“, die das beiderseitige Engagement zeigten, die Freihandelszone so schnell wie möglich zu errichten. (ZXS, 10.6.04, nach BBC EF, 10.6.04; Xinhua, 21.6.04, nach BBC EF, 21.6.04; XNA, 21.6.04; chinesisches Außenministerium web site, 21.6.04; China Radio International, 22.6.04) -cam-

5 China, Japan und Südkorea halten Außenministertreffen ab

Im Zuge der Außenministerzusammenkunft des Asian Cooperation Dialogues fand auch ein Treffen zwischen Südkorea, Japan und China statt, an dem Delegationen unter der Leitung der jeweiligen Außenminister teilnahmen. Da der südkoreanische Außen- und Handelsminister Ban Ki-moon aus aktuellem Anlass der Geiselnahme eines südkoreanischen Staatsbürgers im Irak früher als geplant nach Korea zurückkehren musste, wurde das gemeinsame Gespräch mit den Außenministern Li Zhaoxing und Yoriko Kawaguchi auf den 21. Juni vorgezogen.

Nachdem die Einrichtung des trilateralen Komitees in der als historisch geltenden „Gemeinsamen Erklärung Chinas, Japans und der Republik Koreas zur Förderung der Trilateralen Kooperation“ im Oktober 2003 beschlossen wurde, war dies das erste der mindestens einmal jährlich geplanten Außenministertreffen der drei Staaten. Das trilaterale Komitee wurde mit dem Ziel der Planung und Ko-

ordination der Zusammenarbeit zwischen den drei Staaten gegründet.

Die Leiter der Asien-Pazifik-Abteilungen der drei Außenministerien konnten diese erste Gesprächsrunde auf einem am 7. bis 8. Juni in Japan stattfindenden Arbeitstreffen arrangieren. Während der Vorbereitung einigten sich die drei Parteien auf folgende zu diskutierende Themenschwerpunkte: Handel und Investition, Energie, Zivilluftfahrt und Quarantänebestimmungen. Des Weiteren wurden internationale und regionale Themenbereiche diskutiert, zu denen auch die Situation im Irak und die Frage um das nordkoreanische Atomprogramm zählten. Ferner erbat Ban Ki-moon von seinen beiden Amtskollegen Unterstützung bezüglich des Entführungsfalles im Irak.

Die drei Außenminister besprachen auch ihre Beziehungen zu anderen Kooperationspartnern. Es bestand Übereinstimmung hinsichtlich der gemeinsamen Zusammenarbeit mit der ASEAN. Insbesondere die „Zehn plus Drei“-Kooperation wurde als bedeutende Maßnahme hervorgehoben.

Ferner wurde beschlossen, gemeinsam eine „Strategie zur Verwirklichung der trilateralen Zusammenarbeit“ zu formulieren, die auf dem Gipfeltreffen der drei Staaten Ende des Jahres in Laos vorgelegt werden soll. Darin sollen Kooperationsmaßnahmen auf 14 Gebieten ausgearbeitet werden.

Bezüglich der enger werdenden Wirtschaftsbeziehungen zwischen den drei Staaten drückten die Minister ihre Zufriedenheit aus und bestärkten die Forschungsinstitute bei ihrer Sondierung einer trilateralen Freihandelszone zwischen China, Japan und Südkorea. Ein vorläufiger Bericht, der derzeit von einem gemeinsamen Forschungsteam erstellt wird, soll ebenfalls auf dem Gipfeltreffen präsentiert werden. (ZXS, 10.6.04, nach BBC EF, 10.6.04; Xinhua, 21.6.04, nach BBC EF, 21.6.04; Yonhap, 8., 21.6.04, nach BBC PF, 8., 21.6.04; Kyodo News Service, 2., 7., 8., 21.6.04, nach BBC PF, 2., 7., 8., 21.6.04; chinesisches Außenministerium web site, 21.6.04) -cam-

6 Vierter Gipfel der Shanghai Cooperation Organisation in Tashkent

In der Usbekischen Hauptstadt Tashkent tagten am 16. und 17. Juni die Präsidenten der Mitgliedsländer der Shanghai Cooperation Organisation (SCO) zum vierten Mal. Für die Mitgliedsstaaten China, Russland und die vier zentralasiatischen Staaten Kasachstan, Kirgistan, Tadschikistan und Usbekistan, das im Jahr 2001 zuletzt in die Organisation aufgenommen wurde (vgl. C.a., 2001/6, Ü 1), standen vor allem der Kampf gegen den Terror sowie die Fragen nach der neuen geostrategischen Rolle Zentralasiens im Zentrum der zweitägigen Gespräche.

Als Gast des Präsidenten des Gastgeberlandes Usbekistan, Islam Abduganiyevich Karimov, nahm der Präsident der afghanischen Übergangsregierung Hamid Karzai an dem Gipfel teil. Es war das erste Mal in der Geschichte der SCO, dass ein Regierungschef eines Nicht-Mitgliedslandes eingeladen wurde. Karimov betonte, die Teilnahme Karzais würde zum einen die wachsende internationale Bedeutung der SCO als wichtige Organisation hervorheben, zum anderen den hohen Stellenwert Afghanistans in den Bereichen Sicherheit und Stabilität kennzeichnen.

Weiterhin wurde eine mongolische Delegation, geleitet von Außenminister Luvsangiyn Erdenechuluun, als Beobachter eingeladen. Die Mongolei ist damit das erste Land, dem ein Beobachterstatus zugesprochen wurde.

Höhepunkt des Treffens war die Eröffnung der „Regional Antiterrorism Structure“ (RATS) in Tashkent. Die Errichtung dieses Anti-Terror-Zentrums wurde auf dem vorletzten SCO-Gipfel 2002 in St. Petersburg beschlossen, ursprünglich war es für die kirgisische Hauptstadt Bishkek geplant (vgl. C.a., 2002/6, Ü 2). Es soll vor allem zum Austausch von Informationen und zur Vereinfachung der Zusammenarbeit im Kampf gegen Terrorismus, Extremismus und Separatismus dienen und damit als eine Art Datenbank fungieren. Die konkreten Aufgaben für das RATS sollen von den einzelnen Regierungschefs der Mitgliedsstaaten definiert werden. Die Einrich-

tung des nun zweiten permanenten Organs der SCO, nachdem in Beijing im Januar das SCO-Sekretariat eröffnet wurde, zeige, so ein chinesischer Außenamtssprecher, den Eintritt der SCO in eine neue Dimension substanzieller Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten. Karzai bekundete seine Hoffnung dahingehend, das Zentrum könne durch eine zukünftige Zusammenarbeit mit anderen internationalen und nationalen Anti-Terror-Organisationen große Erfolge erzielen. Auch wurden während des Gipfels gemeinsame Anti-Terror-Übungen von Polizei und Geheimdiensten zwischen den sechs Ländern vereinbart.

Als Motiv für die weitgehende Konzentration auf Sicherheitsfragen kann der hohe eigene Anspruch der SCO als Gegengewicht zu den USA gesehen werden, die nach den Anschlägen vom 11. September Zentralasien aus strategischen Gründen große Aufmerksamkeit haben zukommen lassen. Aus den zahlreichen bi- und multilateralen Gesprächen wird auch von internationalen Beobachtern abgeleitet, dass die Ergebnisse des Gipfels diesem Anspruch nicht gerecht werden können: Außer vager Zukunftsmusik und überschwänglichen Freundschafts- und Kooperationsbekundungen waren kaum konkrete Töne erkennbar.

Russlands Präsident Wladimir Putin hob den besonderen Stellenwert Afghanistans hervor, indem er in einer Rede vor allen Mitgliedern betonte, wie wichtig es sei, den Frieden und den Wiederaufbau Afghanistans zu fördern, wobei die SCO tatkräftige Unterstützung leisten könne. Er sprach außerdem von einem notwendigen „Sicherheitsgürtel um Afghanistan zur Abwehr des Drogenhandels“. Ein Großteil der Drogen aus Afghanistan würde durch Zentralasien nach Westeuropa und Russland geschmuggelt. Die SCO könne durch einen Sicherheitsgürtel einen wichtigen Beitrag zur Stabilisierung der Lage in Afghanistan leisten. Genauere Angaben über die Umsetzung dieser Ideen machte er nicht.

Kasachstans Präsident Nazarbajev mahnte – ebenfalls ohne direkte Ausführungen – an, die SCO müsse ihre Bemühungen verstärken, um die bereits geschlossenen Kooperationsdo-

kumente und Übereinkünfte auch einzuhalten. In einem Gespräch mit Hu Jintao, den Nazarbajev im vergangenen Monat besucht hatte, bekräftigten beide Seiten die bereits geschlossenen Vereinbarungen über eine 1.200 km lange Ölpipeline nach Westchina.

Der kirgisische Präsident Askar Akayev schlug vor, innerhalb der Mitgliedsstaaten mehr Wert auf Kooperationen in den Bereichen Energie und Transportwesen zu legen. In einem bilateralen Gespräch mit Chinas Präsidenten Hu Jintao betonte Akayev das große Potenzial der beiden Länder, das genutzt werden könne, um gemeinsame Projekte wie beispielsweise den Bau der Osh-Kashgar-Straße, weiterhin zu verwirklichen. Der Bau der Straße, die von Osh im südlichen Kirgistan nach Kashgar gebaut werden soll, begann in diesem Jahr mit Unterstützung der Asian Development Bank. Auch Tadschikistan und Usbekistan hätten Interesse an diesem Projekt bekundet, so Akayev, sodass eine Handelsroute für alle zentralasiatischen Länder entstehen könne. In dem Gespräch zwischen Hu und Akayev wurde auch der Bau einer Bahnlinie „zum Wiederaufbau der alten Seidenstraße“ zwischen China, Kirgistan und Usbekistan thematisiert, eine trilaterale Unterzeichnung über den Bau stehe allerdings noch aus.

Tadschikistans Präsident Rahmonov schlug vor, die Funktionen des SCO-Sekretariats in Beijing und des gerade eröffneten Anti-Terror-Zentrums in Tashkent zu verstärken, um so den Herausforderungen besser gewachsen zu sein. Konkrete Verbesserungsvorschläge wurden nicht genannt. In einem bilateralen Gespräch mit Hu Jintao verständigten sich beide Seiten in den Bereichen Terror- und Drogenbekämpfung und der Wirtschaft.

Der afghanische Gast Karzai traf sich zu bilateralen Gesprächen mit dem russischen und chinesischen Staatschef, wobei er auf eine aktivere Bekämpfung des Terrorismus, sowie auf eine Intensivierung der Wirtschaftskooperationen zwischen den Mitgliedsstaaten der SCO drängte. Afghanistan könne, so Karzai, in seiner Funktion als Nachbarstaat der SCO-Länder von einer wachsenden Kooperationsgemeinschaft profitieren.

Am Ende der Besprechungen wurden die neu formulierten Ziele in der gemeinsamen „Tashkent-Deklaration“ festgehalten, die laut Hu vor allem die durch den Gipfel erreichte umfassende Kooperation verdeutliche, die nun die Basis für weitere Schritte darstelle. Diese wurden jedoch nicht weiter spezifiziert. Weiterhin wurden mehrere Abkommen unterzeichnet, darunter ein Dokument über die „Kooperation in der Niederschlagung des illegalen Handels mit Narkotika, psychoaktiven Drogen und deren Ausgangsprodukten“, sowie ein „SCO-Tagungspapier über diplomatische Privilegien und Immunität“. Die Unterzeichnung der Abkommen bildeten laut Karimov die notwendige, legale Basis, um die Kooperation zwischen den Mitgliedsstaaten effizienter zu gestalten, und um als eine ernst zu nehmende Größe auf internationaler Bühne anerkannt zu werden. Karimov sähe zudem am liebsten den Aufbau eines zentralasiatischen „Common Market“. Die Außenminister der sechs Länder unterzeichneten zudem das „Protokoll über die Kooperation der Außenminister der SCO-Mitgliedsstaaten“ und weitere Dokumente. Die Volksrepublik machte indes das einzig konkrete Zugeständnis, Kredite im Wert von 900 Mio. US\$ an die Mitgliedsstaaten zu verteilen. Die Gelder sollen vor allem eingesetzt werden, um die Wirtschaftsbeziehungen der Mitgliedsstaaten untereinander anzukurbeln.

Auf der Pressekonferenz über die Ergebnisse des Gipfels äußerte sich Hu Jintao über aktuelle Sicherheitsfragen der Region, indem er erklärte, man werde die bereits vorhandenen regionalen Anti-Terror-Strukturen der SCO voll einsetzen und die multilaterale Kooperation zur Zerschlagung der „drei Kräfte“ (*san gu shi li*, Terrorismus, Separatismus und Extremismus) verstärken. Um die Sicherheit und Stabilität der sechs Mitgliedsstaaten voll zu gewährleisten, werde man außerdem versuchen, den illegalen Waffen- und Drogenhandel unter Kontrolle zu bringen. Ziel für die nahe Zukunft sei es außerdem, die „Umrisse für multilaterale Wirtschafts- und Handelskooperationen“ festzusetzen. Hu hatte kurz vor dem SCO-Gipfel das im Januar diesen Jahres neu eröffnete SCO-Sekretariat in Beijing besucht, das „als permanentes, adminis-

tratives Institut“ eine wichtige Rolle für die Handlungsfähigkeit der SCO spiele. Während dieses Besuchs äußerte Hu zwar, wie wichtig es für das Treffen in Tashkent sei, klare Projekte und konkrete Maßnahmen für die Bereiche Sicherheit und Wirtschaft zu schaffen, für den Beobachter wurden diese allerdings auf dem Gipfel nicht ersichtlich. Auf dem Gipfel stellte Hu den gewünschten alleinigen Anspruch der SCO auf das Monopol zur Sicherstellung von Frieden, Stabilität und Entwicklung in der Region deutlich in den Vordergrund.

Usbekistans Präsident Karimov sprach auf der Pressekonferenz über die Ergebnisse des Gipfels als von der „höchsten Bedeutung“, die von Usbekistan der Mitgliedschaft der beiden Länder China und Russland als ständige Mitglieder des Sicherheitsrates beigemessen würde. Weiterhin betonte Karimov, die Aufnahme neuer Mitglieder könne erst dann erfolgen, wenn die SCO sich als unabhängige, internationale und autoritative Organisation unter Beweis gestellt habe und auf eigenen Füßen stehen könne. Erst wenn die Weltgemeinschaft die SCO als eine internationale Organisation anerkenne, würden die Aufnahmeanträge weiterer Länder auf die Agenda gesetzt.

Auch wenn von allen Seiten betont wurde, dass mit diesem erfolgreich abgehaltenen vierten Gipfel nun die letzte Ebene in der Institutionalisierung der SCO erreicht wurde und die SCO im Weltgeschehen einen nicht mehr wegzudenkenden Platz eingenommen hätte, blieben konkrete Maßnahmen in den angesprochenen Bereichen weiterhin aus. Ob neben den bi- und multilateralen Freundschaftsbekundungen der Mitgliedsstaaten der Papiertiger SCO sich zu einer ernst zu nehmenden Größe auf internationaler Bühne entwickeln kann, kann nur die Zukunft zeigen. (FT, 18.6.04; XNA, 1., 8., 17., 18.6.04; Xinhua, 17., 18.6.04, nach BBC PF, 17., 18.6.04; ZXS, 17.6.04, nach BBC PF, 17.6.04; WSJ, 17.6.04; ST, 18.6.04; UzReport.com web site, Tashkent, 6.6.04, nach BBC PF, 6.6.04; Tajik Television first channel, Dushanbe, 16., 17.6.04, nach BBC PF, 16., 17.6.04; AKIpress news agency web site, Bishkek, nach BBC EF, 16.6.04; Narodnoye Slovo, Tashkent, 24.6.04, nach

BBC PF, 24.6.04; Interfax-Kazakhstan news agency, Almaty, 17.6.04, nach BBC PF, 17.6.04; Uzbek Television first channel, Tashkent, 17., 18.6.04, nach BBC PF, 17., 18.6.04; Uzbek Radio Youth Channel, Tashkent, nach BBC PF, 17.6.04) -eva-

7 Hu Jintaos Vier-Länder-Tour: Polen, Ungarn, Rumänien und Usbekistan

Staatspräsident Hu Jintao besuchte auf einer achttägigen Reise die drei Osteuropäischen Länder Polen, Ungarn, Rumänien und als letzte Station seiner Reise Usbekistan in Zentralasien. Begleitet wurde er vom chinesischen Staatsrat Tang Jiaxuan, Außenminister Li Zhaoxing und Finanzminister Bo Xilai. Die Besuche dienten in allen Fällen der Vergrößerung des jeweiligen bilateralen Verständnisses, der Vertiefung der Freundschaft und der Erweiterung der Kooperation auf den verschiedensten Gebieten, so der Sprecher des chinesischen Außenministeriums Liu Jianchao.

Auf seinem zweitägigen Besuch in Polen, der erste Besuch eines chinesischen Staatspräsidenten in Polen seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1949 überhaupt, traf Hu mit seinem polnischen Amtskollegen Aleksander Kwasniewski zusammen. Polen, als Neumitglied der NATO und der EU, habe für die Volksrepublik eine signifikante Bedeutung, so Hu. Die beiden Staatschefs waren sich einig, dass man in Zukunft sowohl in politischer Hinsicht, in Form von hochrangigen Regierungsbesuchen, als auch in wirtschaftlicher Hinsicht durch einen Ausbau des Handels, die beiden Länder enger miteinander verknüpfen wolle. Als einen weiteren Punkt nannte Hu den Ausbau der Beziehungen im wissenschaftlichen und technologischen Bereich. Außerdem betonte Hu, die Koordination und Kooperation zwischen beiden Ländern in Bezug auf internationale Probleme müsse verstärkt werden. In einer „gemeinsamen Erklärung der Volksrepublik China und der Republik Polen“ wurden die in den Gesprächen genannten Übereinstimmungen und Freundschaftsbekundungen in zwölf Punkten festgehalten, wobei von polnischer Seite die Ein-China-Politik zum wiederholten

Male bekräftigt wurde. Weiterhin kam es zur Unterzeichnung bilateraler „kooperativer Dokumente“, wie beispielsweise das sino-polnische Wirtschaftskooperationsabkommen und das „Memorandum über Kooperation in kulturellen Belangen“. Hu traf sich außerdem mit dem polnischen Premierminister Marek Belka und weiteren hochrangigen Offiziellen der polnischen Regierung. Auch bei diesen Gesprächen wurden neben der Betonung der traditionellen Freundschaft und der Wunsch nach einer zukünftigen kooperativen Zusammenarbeit, vor allem wirtschaftliche Themen diskutiert. Das sino-polnische Handelsvolumen sei im vergangenen Jahr um 43% im Vergleich zum Vorjahr gewachsen, so Hu. Polen sei für China einer der größten Handelspartner in Zentral- und Osteuropa, dessen Potenzial noch lange nicht ausgeschöpft sei. Von polnischer Seite hieß es, die bisherigen wirtschaftlichen Beziehungen seien bisher noch unbefriedigend, Polen wolle in Zukunft stärker in China investieren. (XNA, 8., 9.6.04; Xinhua, 8., 9.6.04, nach BBC PF, 8., 9.6.04; PAP news agency, Warschau, 9.6.04, nach BBC PF, 9.6.04; SCMP, 9., 10.6.04)

Auf der zweiten Station seiner Reise, Ungarn, kam es während zweitägiger Gespräche mit Hus ungarischem Amtskollegen Ferenc Mádl und Ministerpräsident Medgyessy zur Unterzeichnung sieben bilateraler Kooperationsabkommen. Demnach einigte man sich auf eine engere Zusammenarbeit zwischen der ungarischen Fluggesellschaft Malev und der chinesischen Hainan-Air. Ab August diesen Jahres soll der Direktflug zwischen Beijing und Budapest für drei Flüge pro Woche aufgenommen werden. Das bilaterale Handelsvolumen habe sich, so Hu, in den letzten sechs Jahren versiebenfacht, Ungarn sei somit Chinas wichtigster Handelspartner in Osteuropa. China ist für Ungarn der weltweit sechstgrößte Handelspartner. Eine Wachstumsrate im bilateralen Handel von 55% sei für dieses Jahr realistisch. Seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen vor 55 Jahren sei, trotz der sich ständig vollziehenden Wechsel im internationalen Geschehen, die traditionelle Freundschaft nie unterbrochen worden, betonte Hu. Ebenso wie zuvor in Po-

len wurde auch bei diesem Besuch eine gemeinsame Erklärung von beiden Staatschefs über die freundschaftliche und kooperative Partnerschaft unterzeichnet. (FAZ, 12.6.04; XNA, 10., 11.6.04; ZXS, 11.6.04, nach BBC PF, 11.6.04; Kossuth Radio, Budapest, 11.6.04, nach BBC EF, 12.6.04; Hungarian Television M2 satellite service, Budapest, 10.6.04, nach BBC EF, 10.6.04)

Der Besuch des dritten Landes auf Hus Vier-Länder-Tour vom 12. bis 14. Juni, Rumänien, galt wie die Besuche der beiden Länder zuvor, ebenfalls in erster Linie dem Ausbau und der Bekräftigung der guten Beziehungen. Mit dem rumänischen Präsidenten Ion Iliescu, dem zweiten Treffen der beiden Staatschefs innerhalb von 10 Monaten, unterzeichnete Hu ebenfalls eine gemeinsame Erklärung über eine Partnerschaft der Freundschaft und Kooperation, in der sowohl die Ein-China-Politik bekräftigt, als auch wieder der Ausbau von Wirtschaftsbeziehungen und eine stärkere Zusammenarbeit auf politischer Ebene festgehalten wurde. Hus Worten zufolge seien die rumänisch-chinesischen Beziehungen „beispielhafte zwischenstaatliche Beziehungen“. In einer Rede vor dem rumänischen Parlament unter dem Motto „die traditionelle Freundschaft konsolidieren und die gegenseitige Kooperation ausbauen“ betonte Hu den Willen Chinas zum weiteren Ausbau der Beziehungen mit Zentral- und Osteuropa auf der Basis des gegenseitigen Vertrauens und der pragmatischen Kooperation. Demnach sollen die Beziehungen Chinas zu Rumänien geprägt sein von politischem Vertrauen, dem Ausbau des gegenseitigen Verständnisses auf der Basis des gegenseitigen Respekts, der Gleichheit und gegenseitigem Nutzen, dem Ausbau von Handelsbeziehungen, einen größeren Ausbau der Kooperation im Investitionsbereich und auf technischem Gebiet eingeschlossen. Als weiteren Punkt nannte Hu die nötige Ausweitung der Zusammenarbeit in den Bereichen Terrorismusbekämpfung, Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen und grenzüberschreitende Kriminalität. Mit Rumäniens Premierminister Adrian Nastase, der China erst im vergangenen Jahr besucht hatte, stellten die beiden Staatsmänner vor allem den Wunsch

in den Vordergrund, ihre Wirtschaftskooperationen durch gegenseitige Investitionen zu verstärken. Hu sagte: „Die Regierungen der beiden Länder haben die Möglichkeit zusammenzuarbeiten, um günstige Bedingungen für Unternehmen beider Seiten zu schaffen, damit diese in direkten Kontakt treten können um so besser zu kooperieren.“ In vier Abkommen über bilaterale Zusammenarbeit wurde unter anderem die Gründung chinesisch-rumänischer Geschäftszentren in Bukarest und Beijing vereinbart. Erst kürzlich gewann die chinesische China Road & Bridge Corporation die Ausschreibung für den Bau einer Donaubrücke bei Braila, die mit 900 Metern Öffnung zwischen den beiden Stützpfeilern zur größten Hängebrücke Europas werden soll. Die rumänische Seite will in China bei Investitionen vor allem bei der Öl- und Gasförderung mitwirken. In Rumänien existieren derzeit bereits 8.000 chinesische Unternehmen, die insgesamt 56 Mio. US\$ im Land investiert haben. Zudem werde, so Hu, die chinesische Seite Rumänien als Tourismusland für chinesische Touristen vorsehen und heiße die rumänische Seite willkommen, ein Tourismusbüro in Beijing zu eröffnen. (XNA, 12., 13., 14., 15.6.04; Xinhua, 13., 14.6.04, nach BBC EF, 13., 14.6.04; Rompres news agency, Bukarest, 14.6.04, nach BBC PF, 14.6.04; Deutsche Welle online, 15.6.04)

Als letzte Station bereiste Hu am 14. Juni auf Einladung des usbekischen Präsidenten Islam Abduganiyevich Karimov Usbekistan, mit dem China seit nunmehr 12 Jahren diplomatische Beziehungen pflegt. Dieser Besuch Hus in dem für China strategisch wichtigen zentralasiatischen Land diene, neben der anschließenden Teilnahme am vierten SCO-Gipfel in Tashkent, (siehe auch die Übersicht „Vierter Gipfel der Shanghai Cooperation Organisation in Tashkent“ in diesem Heft), vor allem der Intensivierung der Zusammenarbeit in zwei von Hu genannten Hauptsektoren: zum einen meinte er damit die Handels- und Wirtschaftsbeziehungen. Durch weit reichende wirtschaftliche Reformen wurde es China in den letzten Jahren möglich gemacht, in Usbekistan dutzende Joint Ventures zu errichten. Auch soll ein Hauptaugenmerk auf den Bereich Transportwesen ge-

richtet werden, um so die alte Seidenstraße wieder zu beleben. Zum anderen ging es den beiden Staatsmännern um die Wahrung und Verbesserung der zwischenstaatlichen Sicherheit, im Speziellen die Bekämpfung der Terrororganisation „East Turkestan Islamic Movement“, von deren Machenschaften beide Länder stark betroffen seien, so Hu. In diesen beiden Zusammenhängen wurden insgesamt zehn Abkommen unterzeichnet. Unter anderen wurde in einem „Dokument über die usbekisch-chinesische Technik- und Wirtschaftsbeziehung“ festgehalten, dass China an Usbekistan 2,4 Mio. US\$ Soforthilfe und über die nächsten fünf Jahre weitere 42,5 Mio. US\$ geben wird. Auch die staatlichen Öl- und Gasunternehmen unterzeichneten einen Kooperationsvertrag. Man sei sich außerdem einig, so Karimov, was die Hilfe angehe, die man Afghanistan beim Wiederaufbau und der Herstellung von Stabilität zukommen lassen müsse. (XNA, 14., 15.6.04; WSJ, 14., 15.6.04; Xinhua, 15., 16.04, nach BBC EF, 15., 16.6.04; SCMP, 16.6.04; Uzbek Radio Youth Channel, Tashkent, 15., 16.6.04, nach BBC EF, 15., 16.6.04; Uzbek Radio first programme, Tashkent, 15.6.04, nach BBC EF, 15.6.04; UzReport.com web site, Tashkent, 12.6.04, nach BBC EF, 12.6.04; Uzbek Television second channel, Tashkent, 15., 16.6.04, nach BBC EF, 15., 16.6.04; ITAR-TASS news agency, Moskau, 15.6.04, nach BBC EF, 15.6.04) -eva-

8 Kein Marktwirtschaft-Status für China durch die EU

Obwohl China bei seinem WTO-Beitritt im Jahr 2001 eingewilligt hatte, noch 15 Jahre lang als Wirtschaft im Übergang („economy in transition“) eingestuft zu werden, ersuchte das Land seine Handelspartner, China doch schon vorzeitig den Status einer Marktwirtschaft („market economy status“, MES) zu gewähren. Dies hätte für China den Vorteil, dass die Einleitung von Anti-Dumping-Verfahren erheblich erschwert würde. Ein als Marktwirtschaft anerkanntes Land darf sich mit eigenen Daten gegen derartige Vorwürfe rechtfertigen.

Bisher wurde China dieser Status nur von den drei Staaten Neuseeland, Sin-

gapur und Malaysia zuerkannt. Als der chinesische Ministerpräsident im vorigen Monat mit dem EU-Kommissionspräsidenten zusammentraf, stellte dieser noch ein möglicherweise positives Ergebnis der Überprüfung des MES für China in Aussicht. (Vgl. C.a., 2004/5, Ü 2) Ende Juni verkündete die EU-Kommission jedoch eine für China enttäuschende Entscheidung. Auch wenn die Fortschritte in der chinesischen Wirtschaft gewürdigt wurden, so sieht die EU die Voraussetzungen für die Anerkennung als Marktwirtschaft in China noch nicht erfüllt. In der Mitteilung der Kommission heißt es: „Verbleibende Defizite in vier großen Bereichen (...) lassen es unmöglich erscheinen, den Status einer Marktwirtschaft zu diesem Zeitpunkt zu erteilen“. (*Spiegel* online, 28.6.04)

1. Die Chancengleichheit zwischen Unternehmen sei durch staatliche Einflussnahme beeinträchtigt. Reformen in der Industriepolitik müssten durchgeführt und Restriktionen in der Preisbildung müssten aufgehoben werden.
2. Im Bereich der Unternehmensführung fordert die EU insbesondere eine verbesserte Bilanzierungsgesetzgebung, da chinesische Unternehmenszahlen bisher kaum international vergleichbar seien.
3. Es bestünde weiterhin keine Gleichbehandlung von Unternehmen im Insolvenzverfahren, bemängelte die EU. Außerdem sei privates sowie geistiges Eigentum noch nicht ausreichend geschützt.
4. Auch im Finanzwesen forderte die EU Nachbesserungen. Der Bankensektor unterliege noch nicht vollständig den Marktgesetzen, wodurch keine Chancengleichheit bei der Verteilung des Kapitals herrsche.

Im Kommissionsbericht wurde zwar ausdrücklich darauf hingewiesen, dass dies keine generelle Einschätzung des Entwicklungsstandes der chinesischen Wirtschaft sei, jedoch wird diese Absage von China als Brückierung durch die EU verstanden, hat die Frage um den Marktwirtschaft-Status doch einen hohen symbolischen Wert. (*Spiegel* online, 28.6.04; *Manager Magazin* online, 28.6.04; China Radio International, 30.6.04; NZZ online, 30.6.04) -cam-

9 Fünzig Jahre „friedliche Koexistenz“ – Premier betont staatliche Souveränität

Am 28. Juni beging die chinesische Regierung das 50-jährige Jubiläum der „fünf Prinzipien friedlicher Koexistenz“ (*heping gongchu wu xiang yuanye*). Die fünf Prinzipien postulieren gegenseitige Achtung territorialer Integrität und Souveränität (*huxiang zunzhong lingtuzhuquan*), gegenseitige Nichtaggression (*hu bu qinfan*), gegenseitige Nichteinmischung in interne Angelegenheiten (*hu bu ganshe neizheng*), Gleichberechtigung und gegenseitige Begünstigung (*pingdeng huhui*) sowie friedliche Koexistenz (*heping gongchu*). Der ehemalige Premierminister Zhou Enlai hatte die fünf Prinzipien 1954 in Kooperation mit den Staaten Indien und Birma formuliert. Während des Ost-West-Konfliktes wurde das Konzept zum Kernstück blockfreier Politik. Premierminister Wen Jiabao nutzte das Jubiläum, die politischen Grundsätze an das Zeitalter der Globalisierung anzupassen. Dabei setzte Wen zwei Schwerpunkte.

Zum einen hob Wen hervor, dass die „Quintessenz der Fünf Prinzipien“ nationale Souveränität und Gleichheit seien. Auch die zunehmende ökonomische Globalisierung würde die Bedeutung staatlicher Unabhängigkeit nicht in Frage stellen. Der Premier forderte die gegenseitige Achtung staatlicher Selbstbestimmung sowie die Garantie einer Nichteinmischung in interne Angelegenheiten. „Kein Land hat das Recht, seinen Willen anderen aufzuzwingen“, so Wen in einer Rede anlässlich des Jahrestages. In der Betonung innerstaatlicher Angelegenheiten sehen Beobachter den Versuch, sowohl die chinesische Minderheitenpolitik als auch die Wiedervereinigungspolitik gegenüber Taiwan international zu legitimieren. Die parteistaatliche Führung hat sich in der Vergangenheit wiederholt auf das Prinzip der Souveränität berufen, wenn es etwa darum ging, Kritik an ihrem Vorgehen in den autonomen Regionen Xinjiang und Tibet zu entkräften (C.a., 2004/5, Ü 10).

Zum anderen stellte der Premier die außenpolitische Bedeutung der fünf

Normen in den Vordergrund. Die Prinzipien seien heute so aktuell wie vor 50 Jahren, erklärte Wen: „Ein halbes Jahrhundert ist vergangen und diese Prinzipien erstrahlen immer noch in leuchtender Wahrheit“, so der Premier. Wen forderte eine stärkere Demokratisierung der internationalen Gemeinschaft sowie eine generelle Abkehr von Hegemonialbestrebungen. Kommentatoren werten dies als Versuch, China vor allem gegenüber anderen asiatischen Nationen als friedlichen und kooperativen Partner darzustellen. China werde niemals einen anderen Staat bedrohen, expansive Politik verfolgen oder nach Hegemonie trachten, versprach Wen in seiner Ansprache.

Die staatlichen Medien unterstützen die Darstellung der Volksrepublik als Friedensnation im Juni mit einer Reihe von Beiträgen. Die *Renmin Ribao* erklärte beispielsweise, China habe seit „antiker Zeit“ Frieden hoch geschätzt. In seiner 5.000-jährigen Geschichte habe das Land eine „Friedenskultur“ entwickelt. Derartige Verlautbarungen sind für Beobachter nicht neu. Ausländische Kommentatoren sind sich jedoch uneinig, ob die Versprechungen der parteistaatlichen Führung ernst zu nehmen sind, oder ob es sich dabei um reine Rhetorik handelt. (C.a., 2004/4, S.390-397; *The Economist*, 26.5.04; RMRB, 28.6.04, nach BBC PF, 29.6.04; Xinhua, 28.6.04, nach BBC PF, 29.6.04; mehrere Meldungen nach XNA, 28.6.04; ST, 29.6.04) -fs-

Innenpolitik

10 Tian'anmen-Jahrestag heizt Diskussion um Demokratiebewegung an

Am 4. Juni jährte sich zum 15. Mal der Tag des Massakers auf dem Tian'anmenplatz im Herzen Beijings. Westliche Medien nahmen den Jahrestag der militärischen Niederschlagung zum Anlass, eine ausführliche Debatte über politische Reformen in China zu führen. In der Volksrepublik unterband die parteistaatliche Führung jede Form des öffentlichen Gedenkens

an die studentische Protestbewegung von 1989.

Wie jedes Jahr erhöhte die Polizei im Vorfeld des Jahrestages ihr Aufgebot in Beijing und ließ die Passanten und Touristen auf dem Platz des Himmlischen Friedens zum Teil durch Zivilbeamte überwachen. Insgesamt sollen mindestens 16 Personen vor dem Tian'anmen festgenommen worden sein. Sie hatten anlässlich des 15. Jahrestages des offiziell als „Ereigniss vom 4. Juni“ (*liu si shiqing*) bezeichneten Vorfalles für die Toten der Studentenbewegung beten wollen. Das berichteten Anfang des Monats zahlreiche ausländische Medien. Ein Fotograf der Associated Press Agentur sei vorübergehend inhaftiert worden, weil er Bilder von den Festnahmen aufgenommen hatte. Mehrere Touristen seien von Beamten dazu aufgefordert worden, Fotos der Polizeieinsätze von ihren Digitalkameras zu löschen. In chinesischen Hotels und Wohnanlagen unterbrachen die Behörden die Verbindung zu ausländischen Fernsehsendern, die über das Massaker berichteten.

Bereits im Vorfeld des Jahrestages hatte die chinesische Zentralregierung ihre Mitarbeiter zu erhöhter Wachsamkeit gegenüber „Anzeichen von Instabilität“ aufgerufen (C.a., 2004/5, Ü 16). Darüber hinaus war die Führungsspitze vermehrt auf die offizielle Position von Partei und Regierung zum Tian'anmen-Vorfall eingeschworen worden: Laut Berichten ausländischer Nachrichtenagenturen war allen Kadern vom Rang eines Abteilungsleiters auf Ministeriumsebene und darüber eine neue Dokumentation über die Protestbewegung gezeigt worden. Experten zufolge soll das vierstündige Band in erster Linie der jüngeren Führungsgeneration vermitteln, dass die militärische Niederschlagung der Proteste unerlässlich gewesen sei.

Kritiker aus dem In- und Ausland haben die Regierung in der Vergangenheit immer wieder zu einer Neubewertung der Protestbewegung aufgefordert. Zuletzt verlangten Ende Mai gut siebzig chinesische Intellektuelle in einem offenen Brief eine offizielle Untersuchung der Protestniederschlagung. In dem Brief heißt es: „Seit 15 Jahren hat sich die Mehrheit der Intellektuellen – inklusive einigen von uns – da-

zu entschieden, Zuschauer zu sein und das Thema '4. Juni' zum Schutz unserer eigenen Sicherheit zu vermeiden. Wir sind nicht länger willens, uns und unsere Kinder weiter in der Schande jenes Schweigens leben zu lassen, die uns von der Regierung aufgezwungen wird.“ Neben zahlreichen einflussreichen Auslandschinesen sollen 34 prominente Intellektuelle des Festlandes den Brief unterzeichnet haben.

Die chinesische Führung reagierte in den vergangenen Monaten zunehmend drakonisch auf Kritik von Dissidenten. Im März waren drei Aktivistinnen der „Tian'anmen-Mütter“ verhaftet worden, darunter die Wortführerin der Organisation Ding Zilin. Erst auf Grund internationalen Drucks wurden die drei Frauen im April aus der Haft entlassen (C.a., 2004/4, Ü 11). Der bekannte AIDS-Aktivist Hu Jia soll seit April mehrfach inhaftiert worden sein, weil er am Platz des Himmlischen Friedens einen Kranz in Gedenken an den ehemaligen Parteichef Hu Yaobang hatte niederlegen wollen. Der Tod des Reformers Hu war 1989 Auslöser für die Studentenproteste gewesen. Im Juni soll die Beijinger Polizei die Familie von Hu angewiesen haben, den Aktivisten für geisteskrank zu erklären und in eine gesicherte Anstalt einzuweisen. Der Menschenrechtsorganisation Human Rights In China zufolge sollen die Behörden damit gedroht haben, notfalls selber die nötigen Schritte für eine psychiatrische Behandlung einzuleiten, sollte die Familie der Aufforderung nicht nachkommen. Solche psychiatrischen Therapien seien ein bevorzugtes Mittel der chinesischen Führung, um Dissidenten zum Teil permanent aus der Öffentlichkeit zu entfernen, so die Organisation.

Für besonderes internationales Aufsehen sorgte Anfang Juni das Verschwinden des pensionierten Militärarztes Jiang Yanyong sowie seiner Frau Hua Zhongwei. Jiang hatte Ende Februar in einem offenen Brief die parteistaatliche Führung aufgefordert, die Bewegung vom 4. Juni nicht länger als politische Unruhe darzustellen, sondern als „patriotisch“ einzustufen. Im vergangenen Jahr war der angesehene Militärarzt in den Fokus internationaler Aufmerksamkeit gerückt, als er die Vertuschung der SARS-Epidemie aufdeckte (C.a., 2004/3, Ü 7). Be-